

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.
Preis monatlich durch
die Post bezogen 1,20 M.
Eingetragen in die
Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis:
50 Pf. für die 3gepalt.
Zeile.
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postkontonr.: Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Brey.
Druck von C. H. S. Meißner & Co., Halle in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.
Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluß 5 22 81.

Die kommunistischen Verbandstags- delegierten vor dem kommunistischen Partei-Forum.

Arme Teufel sind sie doch, die Mitglieder der KPD., trotz ihrer geminteten Stärke, die sich in löblichen Phrasen auswirkt. Sie stehen unter russischer Polzeiaufsicht und jedes ihrer Worte wird unter die Lupe genommen. So stark sind diese Leute, von ihrem fortgeschrittenen Verrätergeschrei schon selbst in Mitleidenschaft gezogen, daß jeder KPD.-Mensch in seinen nächsten Parteifreunden nur noch Verräter wirft.

Die Reden der auf unserem diesjährigen Verbandstag in Hamburg anwesenden kommunistisch geachteten zehn Delegierten haben anscheinend der Berliner Russenfiliale gar nicht gefallen. Und man muß doch dem „Fähnlein der zehn Aufrechten“ zugestehen, daß sie bei aller Ungeschicklichkeit drinnen und draußen, doch rechtlich versucht haben, so zu tun als ob usw. Nunmehr sollen die zehn braven Revolutionsdredne — obwohl sie traktionsgemäß ihre nichtkommunistischen Kollegen Verräter geschimpft haben — ihre Reden der politischen Zensur vorlegen. Nur das kann der Zweck des nachfolgenden Schreibens sein:

KPD. Kommunistische Partei Deutschlands.
(Sektion der Kommunistischen Internationale.)
Adresse des Zentralkomitees: Wilhelm Pieck, Berlin O 25,
Al. Alexanderstraße 28 (Karl-Liebknecht-Haus).
Telegr.-Adr.: Kompartei Berlin. Tel.: Kupfergraben 3091.
Nachstr. 4410. Postfachkontonr.: Berlin 102 254 Wilh. Pieck.
Abteilung: XVI/2 403/28. Berlin, den 20. 11. 1921.
An alle Delegierten des Verbandstages der Fabrikarbeiter.
W. G. 1

In der letzten Sitzung der Reichsfraktionsleitung haben wir auch Stellung genommen zu den Veröffentlichungen im Verbandsprotokoll. Überreinstimmend wurde festgestellt, daß dieses Protokoll eine glatte Fälschung darstellt, die begründet ist in der Hauptfrage auf die Reden unserer Genossen. Unsere Redner erhielten ihre Rede nicht zur Korrektur, die Kürzungen und Veränderungen wurden vorgenommen, ohne daß unsere Redner davon Kenntnis erhielten. Da das Protokoll von den Reformisten zum Kampf gegen die Opposition benutzt wird, haben wir alle Ursache, ganz engergisch dieses Protokoll als falsch zurückzuweisen. Die Reichsfraktionsleitung hat beschlossen, alle Genossen aufzufordern,

- 1. beim Hauptvorstand Protest gegen das Protokoll einzulegen und zu fordern, daß ihr Protest auch im „Proletarier“ und im „Keramischen Bund“ veröffentlicht wird;
- 2. die Genossen, die auf dem Verbandstag gesprochen haben, sollen eine Richtigeinstellung ihrer Rede verfassen und diese an den Hauptvorstand und an die Redaktion des „Proletariats“ und des „Keramischen Bundes“ einsenden. Gleichzeitig soll den Betroffenen mitgeteilt werden, daß man auch in der politischen Tagespresse Protest erhebt, denn diese Zeitungen brachten gleichfalls die Berichte über den Verbandstag. Die Berichtigung und der Protest sollen dem kommunistischen Pressedienst, Berlin O 25, Kleine Alexanderstraße 28, und dem Sozialdemokratischen Pressedienst, Berlin, Lindenstr. 3, zugestellt werden. Eine Abschrift ist uns zu übermitteln.

Wir ersuchen die Genossen, diesen Protest bis spätestens 30. 11. zu verfassen und einzusenden.
Mit kommunistischem Gruß
Zentralkomitee der KPD. Sekretariat (Gewerkschaft).

Unser Kollege Brey, der vor der Drucklegung des Protokolls die Korrekturabzüge nachprüfte, schreibt hierzu: Was die kommunistische Partei doch für Sorgen hat. Und wie rasch ist sie mit ihrem Urteil fertig. Welche „Sachlichkeit“ ihr dabei zur Verfügung steht, das ist einfach erstaunlich. Wer von der Reichsfraktionsleitung hat eine Ahnung davon, wie das Protokoll abgefaßt worden ist? Kein einziger, sonst könnte in dem Rundschreiben nicht die naive Behauptung stehen: „Unsere Redner erhielten ihre Reden nicht zur Korrektur.“ Was stimmt, aber auch kein anderer Diskussionsredner hat seine Ausführungen zur Korrektur zugesandt bekommen. Nur wer über einen Tagesordnungspunkt ein Referat zu halten hatte, bekam vor der Drucklegung die Abzüge mit seinen Ausführungen vorgelegt. Vielleicht hat einer der Reichsfraktionsmitglieder* erlebt oder erfahren, daß auf dem Verbandstag in Hannover die Korrekturabzüge vorgelegt worden sind. Damals lagen das Tagungslokal und die Druckerei, die das Protokoll herstellte, eine Meile voneinander entfernt. Die Reden gingen sofort in die Seherei und am anderen Morgen lagen schon die Abzüge den Delegierten vor. Diesen Vorteil hatten wir auf keinem der folgenden Verbandstage, und deshalb wurden auch die Korrekturabzüge nicht mehr vorgelegt. Die kommunistischen Redner auf unserem Verbandstag wurden also nicht anders behandelt wie alle übrigen Redner. Die Reden sind stenographisch aufgenommen. Es ist ohne Kenntnis der kommunistischen Redner weder eine Kürzung vorgenommen, noch an Form und Inhalt etwas geändert. Das Stenogramm wurde nur überprüft auf Sprechfehler oder dergleichen Mängel. Nun ist vielleicht ein kommunistischer Kollege in den Verdacht geraten, eine veröhnliche Rede gehalten

zu haben. Eine liquidatorische Rede kann kaum in Frage kommen. In seiner Verteidigung beruft sich jedenfalls der Angeklagte darauf, daß man sein Stenogramm gefälscht habe. Wir können für ihn diesen milderbenden Umstand nicht gelten lassen. Es ist weder verkrätzt noch gefälscht.
August Brey.

Kurz vor Redaktionsschluss ging uns folgende, dem „Klassenkampf“, dem kommunistischen Parteiorgan für Halle-Merseburg, entnommene Notiz zu:

Entschließung der Erweiterten Bezirksleitung zum Verhalten des Genossen Wassner.

Die Bezirksleitung Halle-Merseburg verurteilt auf das entschiedenste die mit der Linie der Komintern nicht mehr vereinbare politische Stellung des Genossen Wassner, seine fraktionelle Tätigkeit, die Unterstüzung der liquidatorischen Gruppe Spangler-Lhalbeimer. Die Bezirksleitung Halle-Merseburg beauftragt das Zentralkomitee, sofort zur Frage Wassners Stellung zu nehmen und die entsprechenden Maßnahmen gegen den Genossen Wassner zu treffen.

Die Bezirksleitung Halle beschließt, daß bis zur Erhebung dieser Angelegenheit alle Funktionen des Genossen Wassner ruhen.

Diese Resolution wurde mit allen gegen vier Stimmen angenommen.

Privatkapitalistische Monopole - Feinde der Volkswirtschaft.

Wir wissen, daß Monopole vielfach Feinde einer gesunden Volkswirtschaft gewesen sind, und die Zeit wird innerhalb nützlicher Frist ganz bestimmt nur noch diejenigen Monopole dauern, welche die Erkenntnis aufbringen, daß wir alle zum Dienen berufen sind an den Interessen des Konsums.

Fabrikbesitzer Theodor Lohrer in „Produktion und Wirtschaft“. Verlag Hans Kubler, Bern.

Der Kampf der Satten gegen die Hungrigen, gegen Gesetz, Recht und Staat.

Die nordwestdeutschen Metallindustriellen haben bekanntlich gegen einen mit Gesetzeskraft erlassenen Schiedsspruch Rekurs eingelegt und 230 000 Arbeiter ausgesperrt. Am 24. November hat sich die zweite Instanz mit der Anfechtungsklage beschäftigt und unter dem Vorsitz des Oberlandesgerichtsrats Kramer folgendes Urteil gefällt:

Anf die Berufung der Beklagten wird das Urteil vom 12. November dahin abgeändert: Die Klage wird abgewiesen und der Kläger verurteilt, die Kosten zu tragen. Der Wert des Objektes wird auf eine Million Mark festgesetzt.

Zur Begründung des Urteils macht der Vorsitzende, Oberlandesgerichtsrat Dr. Kramer, folgendes geltend:

Das Gericht ist zu der Auffassung gekommen, daß sich § 21 Absatz 4 und 5 im Rahmen der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober halten. Da keine Einigung zwischen den Parteien zustande kam, wurde der Schlichterkammer ein neuer Spruch auferlegt. Es wurde ferner festgestellt, daß bei der Fällung des Schiedsspruches bei dem Kollegium das Mehrheitsprinzip erforderlich ist. Aus diesem Grunde konnte der Kläger mit seiner Behauptung, daß der Schiedsspruch deshalb ungültig sei, weil er nur mit der Stimme des Vorsitzenden abgegeben sei, keinen Erfolg haben. Es ist weiter zu beachten, daß der Spruch, den der Vorsitzende der Schlichterkammer verkündet, unanfechtbar ist. Dieser Staatsakt kann nicht mit der Begründung des fehlerhaften Zustandekommens des Schiedsspruches aus der Welt geschafft werden. Es könnte höchstens geltend gemacht werden, daß die Schlichterkammer nicht richtig zusammengesetzt war.

Der Vorsitzende erklärt weiter, die Tatsache, daß ein Tarifvertrag an sich noch bestünde, schließt nicht aus, daß Interesse bestehen könnte, eine neue Vereinbarung zu treffen. Das in solchen Fällen der Staat nun gezwungen wäre, nicht einzugreifen und sich nicht zur Verfügung zu stellen, würde ja eine Ohnmacht des Staates bedeuten. Der vorliegende Streitfall zeigt, wie notwendig das Schlichtungsverfahren sei und daß das Bestehen einer Gesamtvereinbarung nicht das Schlichtungsverfahren im Sinne des Gesetzes verhindert. Gerade die staatlichen Schlichtungsstellen haben die Aufgabe, einen bestehenden Tarifvertrag abzuändern, um eine klarere Fassung zu erhalten.

Das Gericht hat weiter die Frage des Einbruchs in den Rahmen des § 21 geprüft und gelangt zu der Auffassung, daß bezüglich des Akkordlohnes ein Einbruch vorliegt, und zwar aus dem Grunde, weil § 9 Artikel 2 ausdrücklich bestimmt, daß der Verdienst geregelt ist. Es liegt somit ein Einbruch vor nach dem ganzen Inhalt des Paragraphen, der feststellt, daß bei weiteren Änderungen eine tarifliche Änderung stattfindet.

Die Unternehmer haben das Reichsarbeitsgericht angerufen. Das ist zugleich ein Beweis, daß sie es noch lange aushalten können und wollen. Erhöht sind sie über die den Aussperrten gewährte staatliche Unterstützung. Sie verlangen von ihrer politischen Vertretung, der Deutschen Volkspartei, einen Vorstoß im Reichstag gegen diese Unterstützungssaktion. Die Herren fordern vom Staats Solidartät bei der Aussperrung der Arbeiterfamilien. Wir sind der Meinung, daß die Eisenindustriellen bis jetzt schon den Beweis erbracht haben, daß sie eine öffentliche Gefahr sind, die man unter Kuratel stellen soll.

An Rhein und Ruhr.

Seit Wochen tobt im Herzen der deutschen Industrie, an Rhein und Ruhr, ein schwerer Machtkampf, willkürlich von dem Arbeitgeberverband seit langer Zeit vorbereitet und jetzt vom Jaune gebrochen. Die Arbeitgeber der nordwestlichen Gruppe haben diesen Machtkampf gewollt, jede Verständigung von vornherein zurückgewiesen. Sie wollen Schlichtungsmacher für die gesamte Industrie sein und erklären ganz offen, diese Auseinandersetzung im Interesse der gesamten Arbeiterschaft führen zu müssen. Ein Ende dieses großen Ringens ist noch nicht zu ersehen. Gewiß ist, daß der Ausgang dieses Kampfes für die gesamte deutsche Arbeiterschaft, auch für die im Organisationsgebiet des Fabrikarbeiterverbandes und des Keramischen Bundes beschäftigten Arbeiter von größter Bedeutung ist.

Es sind jetzt fünf Jahre her, daß dieselben Kreise „Rettungsdienst“ für die deutsche Wirtschaft leisten wollten. Damals wandten sie sich zunächst an die Besatzungsgenerale mit der Bitte, ihnen Unterstützung zu gewähren bei Wiedereinführung der vorkriegszeitlichen Arbeitszeit. Mit kalten Schultern waren sie zurückgewiesen worden. Dann hatten sie versucht, bei Wiederaufnahme der Betriebe der Arbeiterschaft die längere Arbeitszeit aufzuzwingen. Nach heftigem Gesetzt fanden die Unternehmer der nordwestlichen Gruppe Schlichtungsinstanzen und Reglerungsstellen, die ihnen eine 60stündige wöchentliche Arbeitszeit schenkten. Was der nordwestlichen Gruppe damals gewährt worden ist, beanspruchten auch alle anderen Arbeitgeber. Die Folge war, daß die Arbeiterschaft auch in unseren Industriezweigen, besonders in der Papiererzeugungindustrie, jahrelang unter der zwölfstündigen Arbeitszeit schmachten mußte. Letzter war die gewerkschaftliche Organisation so geschwächt, daß ernsthafter Widerstand nicht geleistet werden konnte.

Hand in Hand mit der Einführung der verlängerten Arbeitszeit nahmen die Unternehmer eine Lohnkürzung vor, ohne Rücksicht auf die Existenzmöglichkeit der Arbeiterschaft. Von Woche zu Woche wurde das Einkommen des Arbeiters niedriger. In unseren Industriezweigen sank der tarifliche Stundenlohn bis auf 40/41 Pfennig herunter. Einen Entbehrungsfaktor* mußte die Arbeiterschaft auf sich nehmen, war die Begründung der Unternehmer für ihr brutales Vorgehen. Es könnten nur zwei Drittel der vorkriegszeitlichen Reallohne gezahlt werden, so behaupteten sie, wenn die Reparationslasten aufgebracht werden sollten. Jeder Appell an ihre Vernunft verhallte erfolglos. Rücksichtslos nutzten sie ihre Macht aus.

Nächstmal nur gelang es, die Gewerkschaften im Westen Deutschlands wieder aufzubauen. Bald stellte sich heraus, daß jahrelange Aufklärungsarbeit nicht vergebens war. Immer mehr Arbeiterinnen und Arbeiter schlossen sich den Verbänden wieder an, trugen hierdurch mit dazu bei, daß der Einfluß der Gewerkschaften bei Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wieder ein größerer wurde. Von Tarifbewegung zu Tarifbewegung war es möglich, allmählich eine Angleichung der Löhne an die Lebenshaltungskosten zu erreichen, wenngleich auch heute noch im Westen in fast allen Industrien Löhne gezahlt werden, die niedriger sind als sonstwo in Deutschland. Mit Schrecken haben die Unternehmer erkennen müssen, daß es ihnen nicht möglich war, ihre vorkriegszeitlichen Methoden wieder in Anwendung zu bringen. Verstummt sind die Stimmen, die damals in aller Öffentlichkeit das Ziel der Arbeitgeberverbände, die Gewerkschaften müssen zerstückt werden, hinausposaunten. Vor der zunehmenden Macht der Organisationen mußten sie sich, wenn auch widerwillig, bengen. Im tiefen Busen keimten jedoch die geheimen Wünsche der Unternehmer fort. Uns können ihre heiligen Befehle, daß der Kampf sich nicht gegen die Gewerkschaften und gegen die staatlichen Schlichtungseinrichtungen richte, nicht überzeugen. Mit Gewalt wollen die Unternehmer jegliche Lohnerhöhung abdrohen. Dr. Ing. Springorum, der Leiter des Hoersch-Konzerns, gab in einem an die ausgesperrten Arbeiter per Post zugesandten Flugblatt das Ziel des Kampfes in der nordwestlichen Gruppe mit folgenden Sätzen bekannt:

Es muß endlich einmal begriffen werden, daß bei dieser Lage der verantwortungsbewusste Unternehmer es ablehnen muß, sich seine eigenen Schwierigkeiten durch

Preiserhöhung zu Lasten der Allgemeinheit vom Jahre zu schaffen, denn es ist doch...

Gewalt hat in der Lohnpolitik der Gewerkschaften eine große Rolle gespielt. Haben die Gewerkschaften früher nur bei...

Die Forderung auf Zulassung der Werkvereine zu den Tarifabschlüssen mutet recht eifrig an. Das sollte gerade...

Und an einer anderen Stelle wird erklärt, daß aus diesem Gedankengang sich das Verhalten der Arbeitgeber...

Unter dem Druck der Verbindlichkeitsklärung mußten Verträge mit Kraftwagenführern und Werkmeistern abgeschlossen werden.

Daher auch die Forderung der freien Gewerkschaften nach der Wirtschaftsdemokratie. Die freien Gewerkschaften...

Also weil im nächsten Frühjahr eine große Anzahl Tarifverträge gekündigt werden kann und die Unternehmer in...

Es ist ein Skandal, daß die Rechtsanwälte auf den Arbeitsgerichten nicht zugelassen werden. Die Gewerkschaften...

Welche Lehren muß die Arbeiterklasse aus dieser Generalversammlung ziehen? Auch den gebäßigsten Gegnern der Gewerkschaften...

Die Unternehmer spielen ein unehrliches Spiel. Können sie höhere Löhne zahlen, wie sie behaupten, dann...

Gleich dem Arbeitslosenversicherungsgesetz. Es ist nur aus politischen Gründen entstanden. Der Arbeitnehmer wird...

Nochmals „Das Stiefkind der Berufsschule“

Herr C. Blume, Direktor der Staatlichen Allgemeinen Berufsschulen für die männliche Jugend in Hamburg, schreibt uns:

Die Unternehmer in allen Industriezweigen wollen keine höheren Löhne gewähren, wehren sich gegen jeden sozialen Fortschritt...

Die Forderung des Hamburger Gewerkschaftskongresses nach Wirtschaftsdemokratie und Ausbau der Sozialversicherung ist nur ein Schlagwort der Sozialdemokratie.

In Nr. 43 des 87. Jahrganges des „Proletariats“ nimmt Herr P. Welcher Stellung zu der Arbeit in den Hamburger Allgemeinen Berufsschulen...

Reaktion in Ostpreußen.

Von F. Lengwenz.

Ostpreußen ist nicht nur seiner geographischen Lage wegen bekannt, sondern auch durch die Rückständigkeit der Unternehmers in sozialpolitischer Beziehung.

Dr. Kranz scheint nicht zu wissen, daß die Gewerkschaften an die von ihnen abgeschlossenen Tarifverträge gebunden sind und Lohnforderungen nur dann stellen können...

Was zunächst den Lehrplan betrifft, so weiß Herr Welcher, daß in Hamburg nicht das Rechnen, Lesen und Schreiben die wichtigsten Disziplinen des Unterrichts sind.

Herr Dr. Kranz glaubt die wirtschaftliche Entwicklung seit Anfang des Jahres 1927 wie folgt charakterisieren zu können: Die gesamte deutsche Wirtschaft ist nur durch politische Gewalt regiert worden.

Selbstverständlich ist das keine Regel; dank der Tätigkeit des freien Arbeiterverbandes ist es möglich gewesen, diese Löhne zu erhöhen.

Wiese fliegen unter den Zuschauern hin und her, Reminiszenzen an bekannte Persönlichkeiten tauchen auf. Das Vergnügen ist groß.

Affentheater hinter Glas.

Von Kurt Offenbergl.

Ob - Waschen! Ewige Mischung aus Kind und Bester, festlich in Gegenwart, lockend in Güte.

Immer sind die Fenster belagert. Schallbuben mit dem Rausen auf dem Buckel, verämben den Heimweg.

Jeder Tag führt mich der Weg an einer Tischrede vorbei. Es ist ein etwas almoderger Laden mit drei mäßigem Schenkerinnen...

Entwässigt und liebevoll meinen sie es alle. Aber, ob das Getier es auch so spürt? Ach! - unsere egoistische Liebe, unser Verdriss nach ihrer kleinen, unbeschreiblich lebendigen Gegenwart...

Wir lieben die Tiere. Alle, die da täglich vor dem Laden stehen, und Tierfreunde, lebenswürdige Menschen. Aber es ist hier wie bei aller Freundschaft und Liebe: man darf nicht unterliegen, wieviel kindlicher Egoismus, wieviel naive Herrschsucht unseren besten Schichten unterwirft sind.

Mutter zu sein, wenn es gilt, dem nach Wahrheit und Erkenntnis ringenden Kinde beizustehen, Kamerad beim Spiel, Freundin bei ergiebiger Arbeit im weitestgehenden Sinne.

Wieviel Mühe kostet es die Mutter, wie muß sie sinnen und grübeln, um mit ihrem Kinde geistig Schritt halten zu können. Sie, die ihm das Leben gegeben, die im Wohlergehen des Kindes ihr eigenes Glück findet, sieht ihr Kind emporenwachsen, reifen - und darf sich dessen doch nicht freuen.

Beachtet man diese äußeren und inneren Konflikte im Leben der Kollegin und fragt sich nach einer Änderung dieser Tatsachen, dann kann man nicht anders, als die Organisationsfrage aufzuwerfen, denn nur auf dem Wege zur Organisation und durch dieselbe wird es möglich sein, diesen Konflikt zu lösen.

Wir können viel, wenn wir viel wollen! Verfa. Mich.

Lohn- und Tariffbewegungen, Streiks und Aussperrungen.

Abf. Abf. Abf. von Zuschlagsabkommen der A.-G. Farbenindustrie, Kunstleidenfabrik. In Nr. 47 des "Proletariats" haben wir bereits ein Zuschlagsabkommen für die Abteilung Hapsel veröffentlicht.

Abkommen für die Figgeloneinder Hapsel. Die Mindestleistung beträgt in 9 Stunden 50-60, normal 55 Hapsel, in der 7 1/2 Stunden-Schicht 42-50, normal 46 Hapsel.

Ein Beispiel: Eine Arbeiterin führt in der 9-Stunden-Schicht 68 Hapsel. Die Mindestleistung ist in diesem Falle 55, mithin die Mehrleistung 13 Hapsel, was nach der Prämienkurve einem Prämienverdienst von 2,4 Stunden = 25,7 Prozent entspricht.

Abkommen für die Abteilung Zwirnererei. Weg 40 Meter, 80 Spindeln. Für die P-E-Abrechnung ist die 7% und 5/12-stündige Arbeitszeit zugrunde gelegt.

Die Mindestleistung beträgt 12,10 Kilogramm bei neunstündiger Arbeitszeit bei 87 Meter Abzug und 24 Kronen, bei 150er Liter. Für die Mindestleistung von 12,10 Kilogramm pro Tag wird der tarifliche Stundenlohn gewährt.

bei einer Mehrleistung von 1 Kilogramm pro Tag 0,2 Stunden bei einer Mehrleistung von 2 Kilogramm pro Tag 1,7 Stunden bei einer Mehrleistung von 3 Kilogramm pro Tag 2,9 Stunden bei einer Mehrleistung von 4 Kilogramm pro Tag 3,9 Stunden bei einer Mehrleistung von 5 Kilogramm pro Tag 5,4 Stunden bei einer Mehrleistung von 6 Kilogramm pro Tag 8,8 Stunden

Ein Beispiel: Eine Arbeiterin leistet in der neunstündigen Arbeitszeit bei 87 Meter Abzug und 24 Kronen, bei 150er Liter, 15,3 Kilogramm Seide. In diesem Falle beträgt die Mindestleistung 12,10 Kilogramm, die Mehrleistung 3,20 Kilogramm, was nach der Prämienkurve einem Mehrverdienst von 2,5 Stunden, das sind 27,3 Prozent, entspricht.

Die Mindestleistung beträgt 1-2 Kilogramm, die Durchschnittsleistung 3-4 Kilogramm, die Höchstleistung 4-5 Kilogramm Seide pro Tag.

Die erzielten Mehrverdienste betragen durchschnittlich 2,20 bis 3,40 Mark.

Berichte aus den Zahlstellen.

Endmischhafen a. Rh. Am Sonntag, 4. November, fand die Quartals-Mitgliederversammlung statt. Dem Kassenerbericht des Kollegen Götz war zu entnehmen, daß sich die Kassenerverhältnisse auch im 3. Quartal gebessert haben.

Sie wird ferner nicht gewährt, wenn der Invalide durch eigene Arbeit oder von den reichsgesetzlichen Versicherungen oder von sonstigen Stellen ein Einkommen bezieht, das mehr als 60 Prozent des ordnungsmäßigen Tariflohnes beträgt.

Durch Beschluß des Vorstandes ist diese Bestimmung aufgehoben. Es erhalten demzufolge alle Mitglieder, gleich, welche Pension oder Rente sie von irgendeiner Stelle beziehen, die im Staat vorerlebene Invalidenversicherung. Ein weiterer wichtiger Beschluß für die Mitglieder ist der, wonach Mitglieder, die vom 1. Januar an die erhaltene, vom Verbandstag beschlossene Beiträge zahlen, ohne eine Wartezeit durchzumachen die erhöhte Unterstützung erhalten.

Waldenburg, Jubilärfest. Am 24. November fand im "Försterhaus" ein Festabend der Bezirkszweigstelle Waldenburg statt, zur Ehrung der Verbandsjubilare. Nach einigen Musikvorträgen durch die Bergkapelle begrüßte Kollege Kähn die Ercheinenden in erster Linie die Jubilare und auswärtigen Delegierten. Er konnte eine stattliche Liste von 42 Kollegen vorlesen, die ihrer Gewerkschaft 25 bis 44 Jahre die Treue gehalten haben.

Rundschau.

Die kommunistischen Pfefferstreuer vor Gericht.

Wenn sie nicht gerade Dreck schmeckern, streuen sie zur Abwechslung Pfeffer, die KPD-Männer, die Totengräber der politischen Moral.

Vor dem Hamburger Schöffengericht hatten sich am 27. November 1928 die beiden jungen Kommunisten Weg und Reibe zu verantworten, die beschuldigt wurden, beim Gewerkschaftskongress am 4. September auf einen Zug freigewerkschaftlicher Jugend mit Pfeffer geworfen zu haben.

Veränderungen im Vorstand der Volksfürsorge.

Das bisher ehrenamtliche Vorstandsmitglied, Herr Otto Streine, Vorsitzender des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Läufer und Weißbinder Deutschlands, ist zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied bestellt worden und tritt sein Amt am 1. Dezember 1928 an.

Verbandsnachrichten. Abrechnung der Hauptkasse.

2. Quartal 1928.

Table with columns: Einnahme, M, S. Rows include: An Kasseeffand 1. Quartal 1928, Beiträge, Extrabeiträge, Von den Zahlstellen mehr eingekandt, Bäckern und Brotschären, Kartoffelkarteln, "Proletarier", Bureaubedarf, Gewerkschaftszeitung, Einzelmitgliedern, Erlahsbüchern und Karten, Zurückgezahlten Beiträgen, Aus dem Vermögensbestand, Zinsen, Ohne Abrechnung, Alben, Sonstigen Einnahmen in den Zahlstellen, in der Hauptkasse, Beiträge an die Unfallkasse, Zuschüsse von den Zahlstellen juridgerechnet, Zurückbehaltene Beträge von den Zahlstellen juridgerechnet, Summe.

Table with columns: Ausgabe, M, S. Rows include: Der Erwerbslosen-Unterstützung: a) an Reisende in den Zahlstellen, aus der Hauptkasse, b) an Arbeitslose, c) an Kranke, Rechtschutz in den Zahlstellen, aus der Hauptkasse, Maßregelung, Anzugsgeld in den Zahlstellen, aus der Hauptkasse, Sterbegeld, Nothilfe-Unterstützung in den Zahlstellen, aus der Hauptkasse, Streit-Unterstützung, Anteil von den Beiträgen an die Zahlstellen, Marken und Stempel, Porto, Bankspesen, Postfach, Telefon, Vorstandsausgaben, Revisionen der Hauptkasse und Zahlstellen, Beiträge zur Sozialversicherung, Gehälter, Papier und Druckkosten des "Proletariats", Verbandskosten des "Proletariats", Drucksachen, Schreib- und Rechenmaschinen und Reparaturen, Verband und Packmaterial, Zeitschriften, Bücher, Broschüren, Honorar, Buchbinderarbeiten, Kraftwagen und Kraftwagenbedarf, Bureaueinrichtung und Bureaubedarf, Bureauanteile, Heizung, Licht, Reinigung, Tarifverhandlungen, Konferenzen, An die Bauverwaltungen, An den Keramischen Bund, einschließlich Zeitung, Zuschüsse an die Zahlstellen, Arbeiter-Wirtschaftsschulen, Schulheim Wennigsen, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Beiträge, Internationale Verpflichtungen, Sonstige Ausgaben, An die Verwaltungen verschiedener Zahlstellen, Guthaben der Zahlstellen juridgerechnet, An den Vermögensbestand, Kasseeffand 1. Quartal 1928, Summe.

Hannover, den 22. November 1928.

August Brey, 1. Vorsitzender, Revisoren: K. Köhler, 1. Kassierer, R. Gremmel, Otto Stawitzki, 2. Kassierer, S. Söberrmann.

Gez.-marken und 53. Wochenbeitrag.

Bei der Nachprüfung der vollen Karten und Bücher müssen wir immer wieder feststellen, daß manche Mitglieder den 53. Wochenbeitrag für 1927 nicht gezahlt haben. Auch die Erstmarken, welche vom 8. März 1926 bis 1. Juni 1926 geklebt werden mußten, sind zum Teil nicht bezahlt.

Die Zahlstelle

Aue i. Erzgeb.

sucht für den 1. Februar 1929 einen

2. Geschäftsführer.

Reflektiert wird auf eine tüchtige Kraft, die rednerische und agitatorische Befähigung besitzt und in der Lage ist, Verhandlungen mit den Unternehmern zu führen. Kenntnisse im Arbeitsrecht und in der Sozialversicherung sind Bedingung.

Bewerber müssen eine 10jährige Verbandszugehörigkeit nachweisen. Der Bewerber ist eine selbstgeschriebene Darstellung des Lebenslaufes beizufügen sowie eine Abhandlung über das Thema: Wie sind die Geschäfte einer Zahlstelle am besten zu führen? Ein Abrechnungsbeispiel für eine Zahlstelle mit 2500 Mitgliedern ist mitzuführen.

Bewerbungen sind bis spätestens 30. Dezember 1928 an den Kollegen F. Bischoff, Niederschlema Nr. 940 i. Erzgebirge, mit der Aufschrift "Bewerbung" einzureichen. [P.S.]

Literarisches.

Kalender des Deutschen Landarbeiter-Verbandes für 1929. 112 Seiten stark, reichlich illustriert. Preis 50 Pf. Erhältlich bei den Angestellten des Verbandes sowie bei der Endehaus-G. m. b. H., Abteilung Verlag, Berlin SW 42, Endestraße 6. Wir find die Kraft? Proletarische Gedichte von Ferdinand Freiligrath mit biographischer Skizze und eckelnterndem Nachwort von Konrad Henrich, Berlin 1928. Preis kartoniert 0,80 Mk., 64 Seiten, 81.-85. Laufend. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 64, Belle-Alliance-Platz 2.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Steigender Einfluß der deutschen Farben- und Lackindustrie auf dem Weltmarkt.

Aber eine bedeutende Steigerung in der Ausfuhr deutscher Farben und Lacke nach dem Ausland, insbesondere nach den Ländern der Abertsee, berichtet die Exportnummer der 'Farben-Zeitung'.

Der Industrie ist es gelungen, die infolge des Weltkrieges verlorenen Absatzmärkte zum größten Teil wieder zurückzuerobieren. Die 'Farben-Zeitung' führt dies auf das Qualitätsstreben der obengenannten Industrie zurück, die in der Nachkriegszeit keine wissenschaftlichen Arbeiten gescheit hat, um Farben und Lacke in höchster Vollkommenheit herzustellen.

Das Auslandsgeschäft in deutschen Farben und Lacken hat in den letzten Jahren ständig zugenommen. Der beste Vergleich läßt sich aus dem Außenhandel 1928 mit der Ausfuhr im Jahre 1927 erzielen. Die Exportgrundlage hat entsprechend der allgemeinen Entwicklung der deutschen Ausfuhr eine wesentliche Ausdehnung erfahren.

Table with 4 columns: Warengruppe, 1927 Wert in 1000 RM, 1928 Wert in 1000 RM. Rows for Farben, Lacke, and Summa.

Die Zunahme der Ausfuhr ist besonders stark beim Export von Bleimennige zum Ausdruck gekommen, Zunahme 43,7 Prozent. Eisenoxyd (auch Ocker) 32,6 Prozent, Lithopon 26 Prozent, Kupferfarben sowie andere Pigmentfarben 18,6 Prozent.

Hauptabgabengebiete für Anfrischmittel waren Belgien, die Niederlande, Großbritannien, Schweden und andere nördliche Staaten, Rußland, Rumänien sowie die Tschechoslowakei und andere.

Die zunehmende Zahl der Ausfuhrländer gibt ein Bild über die enge Verflechtung der deutschen Farben- und Lackindustrie mit fast allen Märkten der Welt. Auch auf dem Gebiete der Farben- und Lackindustrie zeigt sich die verhältnismäßig schnelle Wiedereroberung des Weltmarktes und das Vordringen auf neuen Gebieten.

Kalipreise.

In letzter Zeit wurden in der Presse wiederholt Erörterungen über eine Preiserhöhung für Kalisalze gepflogen. Auch im Preussischen Landtag hat eine Diskussion über die Preise für künstliche Düngemittel stattgefunden.

angemessen erachtet, so muß er ja wissen, was er den landwirtschaftlichen Verbrauchern bieten kann. Die Verbraucher wissen aber vielfach nicht, daß der Großhandel 17 Prozent Rabatt bekommt.

Was nun den Hinweis auf die nicht unerheblichen Lohnerhöhungen in der Kaliindustrie anbelangt, so sind wir der Auffassung, daß diese den Reichsbund gar nichts angehen, weil die Herrschaften von den Auswirkungen dieser Lohnerhöhungen absolut nichts verstehen.

Der Begriff Arbeit.

Die Arbeit ist zunächst ein Prozeß zwischen Mensch und Natur, ein Prozeß, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigene Tat vermittelt, regelt und kontrolliert.

Karl Marx im Kapital.

solte, dann müßte dies geschehen auf Kosten verminderten Rabattes für den Großhandel.

Wie die Verhältnisse aber augenblicklich liegen, ist an eine Preiserhöhung für Kalisalze nicht zu denken. Selbst wenn sich in den geschäftlichen Körperschaften eine Mehrheit dafür finden sollte — was unseres Erachtens aber nicht der Fall ist —, könnte hierbei nur eine Preiserhöhung von ganz außerordentlicher Bedeutung in Betracht kommen.

Wir haben aber die Tatsache zu verzeichnen, daß die Kaliindustrie im laufenden Jahr einen äußerst guten Absatz hat und auf Grund dessen auch gute Geschäftsergebnisse erzielt. Daß diese Ergebnisse in erster Linie eine Folge der Rationalisierung sind, soll ohne weiteres anerkannt werden.

In der Arbeiterpresse sollte man deshalb die Frage der Preiserhöhung für Kalisalze unter Berücksichtigung der oben angegebenen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter äußerst vorsichtig behandeln.

Künstlicher Kautschuk.

Als vor längerer Zeit Geheimrat Dr. v. Weinberg in einer Versammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands geäußert hatte, daß die Herstellung künstlichen Kautschuks auf wirtschaftlicher Grundlage möglich sei, wurden diese Ausführungen vom Vorstand der J.-G. Farbenindustrie stark abgeschwächt.

Eine Konferenz der Kunstseidearbeiter.

Für die in der Kunstseideindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen fand am 18. November 1928 in Hannover eine Konferenz statt, an der 50 Kollegen und 7 Kolleginnen teilnahmen.

Der Kollege Großmann (Hannover) als Vorsitzender erteilte dem Kollegen Haupt das Wort zum ersten Punkt der Tagesordnung. Kollege Haupt gab in seinem Referat ein Bild der geschäftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung der Kunstseideindustrie.

Da die Kunstseidefaser als hochwertiges Textilmaterial zu verwenden und mit anderen Textilfasern zu verarbeiten ist, erklärt sich das große Interesse, das die Textilindustrie an der Kunstseideherstellung nimmt. Heute werden in der Kunstseideindustrie ungefähr 40 000 Personen beschäftigt, davon etwa 21 500 Frauen.

Das von vielen technischen Sachverständigen beglaubigte Referat, das von einer gründlichen Fachkenntnis auf diesem Gebiete zeugte, wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung führte der Kollege Segerer u. a. aus: Die Kunstseideindustrie als junges entwicklungsreiches Glied der chemischen Industrie gehört zu einer der stärksten Kapital- und Wirtschaftsgruppen der Gegenwart.

Der Beifall der Konferenz zeigte die Übereinstimmung mit den vorgetragenen Grundthesen.

Die Kollegin Jammert (Hannover) wies beim dritten Punkt der Tagesordnung darauf hin, daß die Frauen in der Kunstseideproduktion eine wichtige Rolle spielen und sich ihres Wertes besser bewußt werden müssen. Die Kunstseideindustrie kann die weibliche Arbeitskraft nicht entbehren.

Den drei Referaten schloß sich eine sehr lebhaft diskutierte Anrede der Kollegen Steffen (Nienburg), Wirth (Helmstedt), Brummer (Alschaffenburg), Herwig (Köln), Schmitz (Helmstedt), Steldinger (Nienburg), Hertel (Helmstedt), Prieß (Helmstedt), Reibel (Vertrags), Thiemig (Hannover), Stracher (Waldshut), Breiterbach (Freiburg i. Breisgau), Sibda (Helmstedt), Maack (Nienburg), Haupt (Hannover), Parsch (Hannover) und Spengler (Angersburg) beteiligten.

